

CHRONIK

4. Juli 1776: Die britischen Kolonien in Nordamerika erklären nach zwei Jahrhunderten der Besiedlung durch Europäer ihre Unabhängigkeit.

Januar 1789: George Washington wird zum ersten Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt.

1861 bis 1865: Das Land ist politisch, wirtschaftlich und sozial gespalten. Nach der Wahl des Sklaveigegners Abraham Lincoln zum Präsidenten verlassen elf Südstaaten den Staatenbund und gründen eine eigene Konföderation. Am 12. April 1861 beginnt der Amerikanische Bürgerkrieg zwischen Süd- und Nordstaaten. Der Norden siegt, die Verlierer werden wieder in die Union eingegliedert.

18. Dezember 1865: Als Folge des Krieges wird Sklaverei auf dem gesamten Gebiet der Vereinigten Staaten mit dem 13. Zusatzartikel zur Verfassung verboten.

6. April 1917: Die Vereinigten Staaten erklären dem Deutschen Reich den Krieg und treten in den Ersten Weltkrieg ein.

7. Dezember 1941: Japanische Marineluftstreitkräfte überfallen mit einem Überraschungsangriff das Hauptquartier der amerikanischen Pazifikflotte Pearl Harbor. Einen Tag später erklärt Amerika Japan den Krieg und wird damit Teil des Zweiten Weltkriegs. Am 11. Dezember 1941 folgt die Kriegserklärung von Deutschland und Italien gegenüber den USA.

Ab 1945: Amerika geht als Sieger des Zweiten Weltkriegs hervor. Die neue Weltordnung führt zum Kalten Krieg, in dem sich das kapitalistische Amerika als westliche Weltmacht und der Ostblock unter der Führung der kommunistischen Sowjetunion gegenüberstehen.

Ab 1955: Der Vietnamkrieg beginnt. Er fordert fünf Millionen vietnamesische Kriegsopfer, fast 60 000 US-Soldaten fallen in dem Stellvertreterkrieg. Im März 1973 ziehen die USA alle Truppen ab. Es ist die erste militärische Niederlage in der Geschichte der Vereinigten Staaten.

1964: Mit dem Civil Right Act und dem Voting Right Act erhalten Afroamerikaner wesentliche Bürger- und Wahlrechte. Die über Jahrhunderte andauernde Rassentrennung in den Vereinigten Staaten endet.

1991: Die USA führen im Ersten Golfkrieg ein Militärbündnis gegen den Irak an.

11. September 2001: Mitglieder des Terrornetzwerks Al-Qaida entführen vier Verkehrsflugzeuge und lenken zwei davon in einem Selbstmordanschlag in das World Trade Center in New York und ein weiteres in das Pentagon in Arlington, Virginia. Fast 3000 Menschen sterben bei den Anschlägen. Präsident George W. Bush ruft Tage danach den „Krieg gegen den Terror“ aus.

15. Dezember 2008: Barack Obama wird als erster Afroamerikaner der US-Geschichte zum Präsidenten gewählt.

Januar 2017: Donald Trump zieht als 45. Präsident der USA in das Weiße Haus ein. *chk*

Kulturkrieg und Rassenspaltung

Um sich die Wiederwahl zu sichern, setzt US-Präsident Donald Trump auf Polarisierung. Sein Herausforderer Joe Biden hingegen präsentiert sich in der aufgeheizten Supermacht als Staatsmann.

Ein Gastbeitrag von Manfred Berg

Geht es nach den Meinungsforschern und den Kolumnisten der liberalen US-Medien, ist die Präsidentschaftswahl im November bereits entschieden. Donald Trumps Zustimmungsraten sind so schlecht wie die von Jimmy Carter 1980 und George H.W. Bush 1992 – die beiden letzten US-Präsidenten, die nach nur einer Amtszeit abgewählt wurden. Angesichts seines chaotischen Managements der Corona-Krise bekennt nur noch ein gutes Viertel der Wählerinnen und Wähler, Vertrauen in die Führungsstärke des Präsidenten zu haben. Zwar kann Trump nach wie vor auf den harten Kern seiner Anhängerschaft zählen, aber die weißen Wähler der Vororte, bei denen er 2016 unerwartet gut abgeschnitten hatte, kehren ihm den Rücken. Sein Herausforderer Joe Biden führt landesweit und in den entscheidenden Swing States mit bis zu zehn Prozentpunkten, ohne dass der Senator dafür viel tun musste.

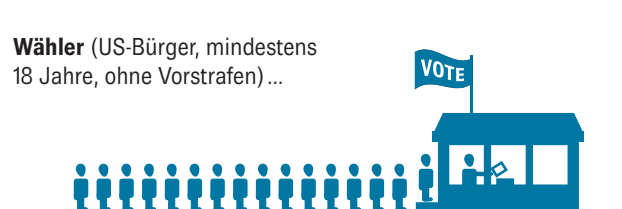

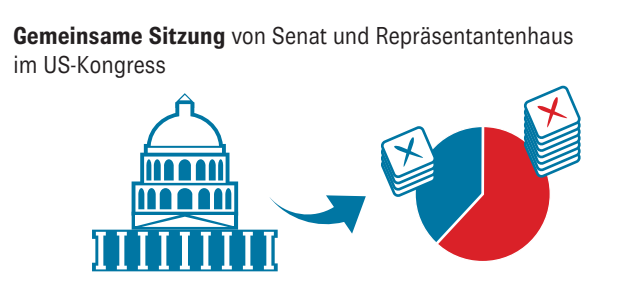

US-WAHL

Dabei hatte das Wahljahr für Trump recht hoffnungsvoll begonnen. Die Wirtschaftsdaten zeigten nach oben, und bei den Demokraten war kein charismatischer Herausforderer vom Schlage eines Bill Clinton oder Barack Obama in Sicht. Mit dem Bonus des Amtsinhabers, spekulierten Trumps Berater, könne er das Kunststück von 2016 wiederholen und sich eine knappe Mehrheit im Wahlkollegium, wenn nicht gar der Wähler sichern. Aber dann machten das Corona-Virus und der gewaltsame Tod des Afroamerikaners George Floyd Ende Mai nach seiner Festnahme durch weiße Polizisten in Minneapolis dem Präsidenten einen Strich durch die Rechnung.

Tiefe Gräben
In beiden Krisen hat er sich den Herausforderungen seines Amtes weder intellektuell noch charakterlich gewachsen gezeigt. Trump verharmlöste die Pandemie, machte sich mit bizarren medizinischen Ratschlägen wichtig und forderte die Bürger gar zum Widerstand gegen behördliche Einschränkungen auf. Auf die Proteste gegen rassistische Polizeigewalt fielen ihm außer Law-and-Order-Parolen und der Forderung nach Einsatz der US-Armee nichts ein. Trumps klägliches Versagen als Krisenmanager, so hoffen seine Gegner, werde vielen Protestwählern, die ihm 2016 aus Wut auf die liberalen Eliten und das „System“ ihre Stimme gaben, endgültig die Augen öffnen.

Doch wäre es voreilig, Trump bereits abzuschreiben. Auch im Sommer 2016 lag er in den Meinungsum-

Wie wird der US-Präsident gewählt?

<p>3. Nov 2020</p> <p>Wähler (US-Bürger, mindestens 18 Jahre, ohne Vorstrafen) ...</p> 	<p>...entscheiden, für welchen Präsidentschaftskandidaten die Wahlmänner ihres Bundesstaats stimmen sollen.</p>
<p>15. Dez 2020</p> <p>Die Wahlmänner treffen sich in ihrem Bundesstaat. Sie geben ihre Stimmen für einen Kandidaten ab. Je nach Landesgesetz sind sie an das Wählervotum gebunden oder nicht.</p> 	<p>Mehrheitswahlrecht: Der Kandidat mit den meisten Stimmen gewinnt alle Wahlmänner des Staates.*</p>
<p>Jan 2021</p> <p>Gemeinsame Sitzung von Senat und Repräsentantenhaus im US-Kongress</p> 	<p>Die Stimmzettel werden an den Präsidenten des US-Senats gesendet.</p> <p>Wählerstimmen werden ausgezählt und das Ergebnis verkündet.</p> <p>Der künftige Präsident braucht mindestens 270 Stimmen der 538 Wahlmänner.</p>
<p>20. Jan 2021</p> <p>Amtseid des Präsidenten gebürtiger Amerikaner, mind. 35 Jahre alt</p> 	<p>Der Präsident zieht für die nächsten vier Jahre ins Weiße Haus.</p>

fragen scheinbar aussichtslos zurück, und selbst viele Republikaner redeten nur noch davon, wie hoch er verlieren werde. Mit Recht sind die Auguren daher vorsichtiger geworden. In diesem Jahr jedoch dürfte Trump ein Comeback sehr viel schwerer fallen. Nach fast vier Jahren im Weißen Haus kann er sich nicht mehr als Außenseiter präsentieren, der verspricht, den „Sumpf trockenzuliegen“. Und sein Gegenkandidat mag vielen Amerikanern zwar als Mann von gestern erscheinen, aber Biden ist für gemäßigte Republikaner und die weiße Arbeiterschaft, die Trump 2016 zum Sieg in

den Staaten des Rostgürtels verholte hatte, weit attraktiver als die verhasste Hillary Clinton. Angesichts der außer Kontrolle geratenen Corona-Lage darf Donald Trump nicht auf eine rasche wirtschaftliche Erholung hoffen, die er als seinen Erfolg verkaufen könnte. Also spielt er das Spiel, das er am besten beherrscht und dem er seinen politischen Siegeszug verdankt: hemmungslose Polarisierung. Seit Jahrzehnten sind die Gräben zwischen dem liberalen, multiethnischen und dem konservativen, überwiegend weißen Amerika immer tiefer geworden, aber Trump hat Spal-

tung und Konfrontation auf die Spitze getrieben. Auch die Corona-Krise hat das Land nicht geeint; im Gegenteil, das Maskentragen ist zum weltanschaulichen Bekenntnis geworden. Ob Trumps jüngste Kehrtwende diejenigen, denen er monatelang erzählt hat, die Maßnahmen zur Eindämmung der Seuche bedrohten ihre Freiheit, umstimmen kann, ist zweifelhaft. Trump setzt alles daran, seine Basis durch Kulturkriege und Rassenspaltung zu mobilisieren. Der Plan kann durchaus aufgehen. Wenn die Proteste gegen rassistische Polizeigewalt weiter eskalieren, wenn gar grö-

ßere Unruhen ausbrechen, steigen Trumps Chancen, sich als Law-and-Order-Präsident zu profilieren. In Portland, Oregon, wohin Trump gegen den Willen der lokalen Behörden Bundespolizei geschickt hat, kommt es seit Wochen jede Nacht zu Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und den Ordnungskräften. Im Moment hat die antirassistische Protestbewegung noch breite Sympathien in der US-Bevölkerung, aber dies kann sich schnell ändern.

Joe Biden hat bisher wenig falsch gemacht, doch bald wird er die komfortable Rolle des Zuschauers aufgeben müssen. Manche Beobachter bezweifeln, dass der gesundheitlich fragile Kandidat in der zu erwartenden Schlammschlacht Trumps demagogischer Raffinesse gewachsen sein wird. Zudem steht der Demokrat vor der Herausforderung, den linken Parteiflügel durch personelle und politische Zugeständnisse einzubinden, ohne die gemäßigten Wähler zu verprellen. In diese Flanke versucht Trump zu stoßen. Seit Monaten verhöhnt er „Sleepy Joe“ („Müder Joe“) als Marionette der radikalen Linken, die Amerika in den Sozialismus führen und seiner stolzen Geschichte berauben wollen.









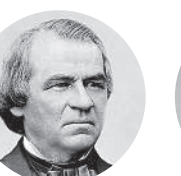

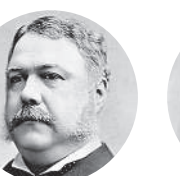

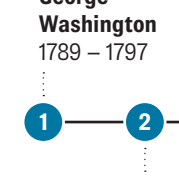
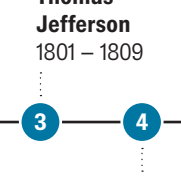
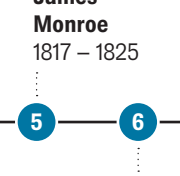
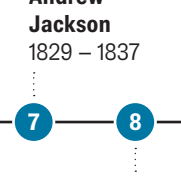
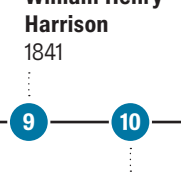
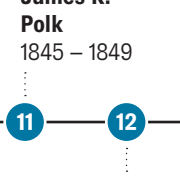
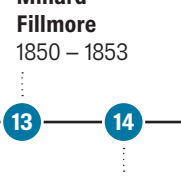
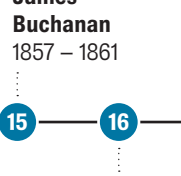
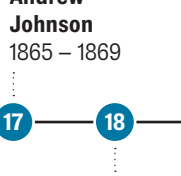
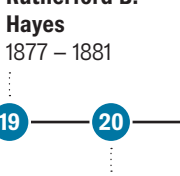
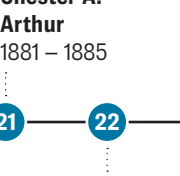
Angst vor Bürgerkrieg?

Auch dieses Kalkül ist nicht chancenlos. Es gilt als ausgemacht, dass Biden eine Afroamerikanerin als Kandidatin für die Vizepräsidentschaft nominieren wird. Für Trump ist dies eine willkommene Gelegenheit, Ängste vor schwarzem Radikalismus zu schüren. Und so dringend die USA eine Reform der Polizei und der Strafjustiz brauchen: Die Forderung nach Abschaffung der Polizei, wie sie radikale Aktivisten erheben, spielt Trump ebenso in die Karten wie der Furor, mit dem die Linke die amerikanische Geschichte vom Erbe des Rassismus säubern will.

Vor vier Jahren gewann Donald Trump die Wahl vor allem deshalb, weil er sträflich unterschätzt wurde. Auch jetzt verströmen manche Kommentare die fahrlässige Zuversicht, am 3. November 2020 werde sich zeigen, dass Trumps Präsidentschaft nur ein verrückter Betriebsunfall der Geschichte war. Doch angesichts der scharfen ideologischen Spaltung des Landes kann sich dieser Unfall wiederholen. Sollte es wieder so knapp werden wie 2016, sollte der Wahlausgang gar so umstritten sein wie 2000, dann wollen Pessimisten selbst einen zweiten Bürgerkrieg nicht ausschließen.

Manfred Berg ist Curt-Engelhorn-Professor für Amerikanische Geschichte an der Universität Heidelberg.

Die Präsidenten der USA

 George Washington 1789 – 1797	 Thomas Jefferson 1801 – 1809	 James Monroe 1817 – 1825	 Andrew Jackson 1829 – 1837	 William Henry Harrison 1841	 James K. Polk 1845 – 1849	 Millard Fillmore 1850 – 1853	 James Buchanan 1857 – 1861	 Andrew Johnson 1865 – 1869	 Rutherford B. Hayes 1877 – 1881	 Chester A. Arthur 1881 – 1885	 Benjamin Harrison 1889 – 1893
 John Adams 1797 – 1801	 James Madison 1809 – 1817	 John Quincy Adams 1825 – 1829	 Martin van Buren 1837 – 1841	 John Tyler 1841 – 1845	 Zachary Taylor 1849 – 1850	 Franklin Pierce 1853 – 1857	 Abraham Lincoln 1861 – 1865	 Ulysses S. Grant 1869 – 1877	 James A. Garfield 1881	 Grover Cleveland 1885 – 1889	